

Pat O'Malley: Risk, Uncertainty and Government, London 2004
(GlassHouse Press), 211 S., 30,- £

Risiken, so grenzt Pat O'Malley seine Perspektive von prominenten Theoretikern wie Ulrich Beck ab, bezeichnen keine objektive Größe eines erwartbaren Schadens, ebensowenig freilich handelt es sich um bloß subjektive Einschätzungen oder um Erfindungen von Experten und Politikern, und insofern um etwas Fiktives oder Beliebiges. „From a governmental standpoint, risks and uncertainties are neither real nor unreal. Rather, they are ways in which the real is imagined to be by specific regimes of government, in order that it may be governed.“ (S. 15) In Foucaultscher Lesart, die O'Malley in seinem Buch zugrunde legt, aber nicht weiter expliziert, ist die Kategorie des Risikos, ebenso wie die der Unsicherheit, als ein Modus zu begreifen, Probleme mit Blick auf die Zukunft zu artikulieren und das Verhalten der Menschen zu „regieren“. Beide Konzepte bezeichnen demnach spezifische Weisen, die „Freiheit“ der Menschen zu strukturieren – Freiheit nicht im Sinne eines abstrakten Rechts, sondern im Sinne eines Möglichkeitsfeldes des Handelns. Dabei setzt „Regierung“, das ist die konzeptuelle Ausgangsüberlegung, im-

mer schon ein Wissen voraus, eine Ordnung der Realität, die diese intelligibel und so überhaupt erst handhabbar macht. Als spezifische Zugriffe auf Realität verweisen Risiko und Unsicherheit folglich immer auch auf mögliche adäquate Strategien der Problemlösung, sie stellen selbst spezifische Problemlösungskonzepte dar.

In dieser Perspektive der „Gouvernementalität“ macht Pat O'Malley dreierlei Einsichten stark, die im Rahmen sozialwissenschaftlicher Risikoforschung und einer Soziologie der politischen Transformation von Gesellschaften originell sind:

Erst wenn man erstens Risiko und Unsicherheit als Kategorien eines konstitutiven Wissens begreift, entledigt man sich einer gängigen und ebenso dichotomen wie zirkulären soziologischen Risikoanalyse, der zufolge Experten einerseits immer mehr Risiken ausmachen, die andererseits aber zu einer immer größeren Verunsicherung in der Gesellschaft führen. Der wissenschaftlichen Objektivierung von Unsicherheit, die die Kategorie des Risikos mit dem Kalkül der Eintrittswahrscheinlichkeit von globalen Umweltbis hin zu individuellen gesundheitlichen Schäden anzeigt, steht die subjektive Verunsicherung angesichts eines Wissens gegenüber, das nicht nur von einer Vielzahl möglicher unerwünschter Ereignisse handelt, sondern auch von Vorsorgemaßnahmen, die angemessen wären. Aus Risikoanalyse wird so Katastrophensoziologie: Die Risikogesellschaft bezeichnet eine Lebenswelt, in der der Einzelne sich mit seinem Wissen einem Karussell unüberschaubarer Wahloptionen und einer gleichermaßen unüberschaubaren Zahl von Risiken ausgesetzt sieht. Eine Lösung aus diesem Zirkel ist nicht in Sicht, weil man der Verunsicherung nur mit mehr Wissen, mit der weiteren Analyse von Risiken begegnen kann, die freilich nur zu mehr Verunsicherung führt. Dabei besteht das Problem dieser Lesart gerade darin, dass sie die objektive Bestimmbarkeit von Risiken ihrerseits sehr wohl voraussetzt und folglich selbst für bare Münze nimmt, was sie der kritischen Reflexion zu unterziehen vorgibt.

Die Perspektive der Gouvernementalität fragt demgegenüber, welchen kategorialen Rahmen die Rede von Risiko und Unsicherheit etabliert, um in dieser Weise Probleme zu traktieren und Menschen zu regieren. Im besten konstruktivistischen Sinne sucht sie die Denksysteme freizulegen, die mit der Sicht auf die Dinge auch das Verhalten der Menschen regieren. Die Frage ist dann nicht, ob wir es objektiv mit mehr oder weniger Risiken oder Unsicherheiten zu tun haben, sondern wer zu welchem Zweck und mit welchen Folgen die Rede von Risiko oder Unsicherheit anschlagen kann. Ebenso wenig wie den Katastrophentheoretikern ist dann freilich deren Konterpart zuzustimmen, Wissenschaftlern wie Peter Bernstein, politischen Beratern wie Osborn und Gaebler oder Gurus der jüngeren Unternehmensreformen wie Tom Peters, allesamt euphorische Protagonisten von Unsicher-

heit, die das produktive Movens einer neoliberalen Restrukturierung der Gesellschaft sein soll.

Zweitens bilden klassischer Liberalismus, Wohlfahrtsstaat und Neo-Liberalismus je spezifische Regime liberaler Regierung, die, und auch hier widerspricht O'Malley gängigen soziologischen Fortschritts- und Zerfalls-Diagnosen, Sicherheit/Risiko und Freiheit/Unsicherheit in je verschiedener Weise verknüpfen. So wird das klassisch liberale Konzept von Unsicherheit als einer produktiven Voraussetzung elitärer unternehmerischer Kreativität nicht einfach von wohlfahrtsstaatlich protegierter Sicherheit abgelöst. In dem Bemühen, *citoyen* und *bourgeois*, *homo politicus* und *homo oeconomicus* miteinander zu versöhnen, waren Konzepte sozialer Marktwirtschaft zwar darauf aus, soziale und ökonomische Risiken abzusichern, doch sah auch der „soziale Liberalismus“ durchaus Unsicherheiten (den Arbeitsplatz, die Bezahlung betreffend) vor, aus Pragmatismus wie aus politischem Kalkül heraus. Umgekehrt stellt der Neoliberalismus nicht einfach die Auflösung staatlich gewährleisteter Sicherheit, sondern eher eine Restrukturierung wohlfahrtsstaatlicher Regime dar. Freilich bildet Unsicherheit jetzt ein durchgängiges Prinzip, verkörpert in der Figur des Unternehmers seiner/ihrer selbst, der/die unsicheren Konsequenzen seiner/ihrer Entscheidungen zu verantworten hat. Indes geht es O'Malley nicht darum, Strukturen und Logiken gesellschaftlicher Entwicklungen aufzeigen, vielmehr differenziert er immer wieder theoretisch wie empirisch, etwa zwischen den unterschiedlichen Ausprägungen neoliberaler Politik in den USA, Frankreich, Großbritannien oder zwischen unterschiedlichen Konzeptionen von Risiko und Unsicherheit, je nachdem ob diese sich auf Schadensminimierung und -vermeidung oder auf die Kapitalisierung von Schäden konzentrieren; ob sie Individuen oder die Bevölkerung oder Bevölkerungsgruppen adressieren; und ob sie sich aus Experten- oder Alltagswissen speisen.

Drittens ist Freiheit nicht das Gegenteil von Determinismus, Freiraum bedeutet vielmehr umgekehrt zugleich Steuerungsmöglichkeit, vereinfacht gesagt: Wo wenig festgelegt ist, gibt es viel zu strukturieren. Eben dies, so der Autor im Rekurs auf Ian Hacking (S. 169ff.), macht das Prinzip liberaler Regierung aus, und hier finden O'Malleys Differenzierungen ihren politischen Sinn: „Freedom“, so der Schlusssatz des Buches (S. 181), „is no more given by uncertainty than it is taken away by risk.“ Die gängige Gegenüberstellung von Unsicherheit als Unbestimmtes und von Risiko als bestimmte Unsicherheit mündet in eine dichotome Gesellschaftsanalyse, die eines verkennt: Entscheidend ist nicht, ob das eine besser und das andere schlechter ist und ob die Gegenwart von einer Zu- oder Abnahme von Unsicherheit oder Risiken geprägt ist; entscheidend ist die Einsicht, dass Freiheit eine ebenso zentrale wie unhintergehbare Ressource von Regierung darstellt. Die vollständige Befreiung von Beherrschung ist insofern unmöglich. Vielmehr, so legt O'Malley in Anspielung auf Foucaults Diktum vom Preis der Freiheit nahe, wäre ein Moment der Befreiung in dem Erkennen

der Spielregeln zu finden, um diese zu verändern, zu umgehen oder sich der Vorgabe erfinderisch zu entziehen.

Indes klingt diese Konsequenz schon etwas allzu vertraut und ein wenig leichtfüßig: Wenn der Charme des Foucaultschen Konzeptes der Gouvernementalität darin bestanden hatte, die produktive Macht der Freiheit (Nikolas Rose: *Power of Freedom*) als eine „Gefahr“ zu erkennen, so dass andere Felder der Machtwirkung jenseits von Gewalt, Zwang und Unterdrückung sichtbar gemacht werden konnten, so hat sich im Zuge der Rezeption seit den 1990er Jahren der Fokus der Diskussionen doch mittlerweile verschoben. Zu untersuchen wären heute auch Fragen, inwiefern Freiheit, Unsicherheit *und* Exklusion und Gewalt aufeinander verweisen; oder welche Rolle Risiko und Unsicherheit im Kontext internationaler Politik (zum Beispiel im Namen der Bekämpfung des Terrorismus, der Drogen- oder der Organisierten Kriminalität) spielen und wie sie wiederum auf Projekte neoliberaler Restrukturierung von Staat und Ökonomie zurückwirken.

Dass sich diese jüngere Ausrichtung der Diskussionen nicht in diesem Buch finden, ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass es sich überwiegend um eine Zusammenstellung bereits publizierter und überarbeiteter Beiträge handelt. Dafür aber werden die Leser mit einer sehr informierten, theoretisch anspruchsvollen und gleichermaßen anschaulichen Genealogie von Risiko und Unsicherheit in den Instrumentarien westlicher Politik, von der Versicherung über die ökonomische Spekulation bis hin zur Kriminalprävention, belohnt.

Susanne Krasmann, Hamburg